

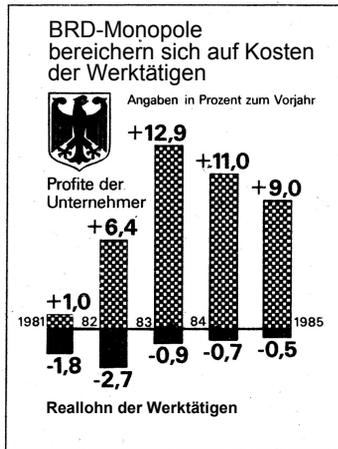
liehen, das der Würde des Menschen entspricht."

Auch im Bildungswesen der BRD vollzog sich in den letzten Jahren eine Entwicklung, die, nach dem Konzept der Herrschenden, die Hochschulen und Universitäten zu „Produktionsstätten unternehmerhöriger Eliten“^{1 2} machen. Das ist das Resultat der von der gegenwärtigen Bonner Regierung praktizierten „sozialpolitischen Wende“.

Seit dem 1. Januar 1983 gibt es in der BRD für Studenten staatliche Stipendien (BAföG genannt) nur noch als Darlehen. Das heißt, die vom Staat während der Studienzeit gezahlten finanziellen Zuwendungen müssen nach Abschluß des Studiums zurückgezahlt werden. In der Regel bedeutet dies, daß zum Beispiel ein Hochschulabsolvent mit einer Schuldenlast von 35 000 bis 40 000 DM ins Berufsleben tritt - vorausgesetzt, daß er nach Beendigung des Studiums überhaupt eine Anstellung findet. Und das sind natürlich fast durchweg Studenten, die aus den sogenannten einkommenschwachen Klassen und Schichten kommen, also Töchter und Söhne von Arbeitern und Angestellten.

Hinter dieser auf den ersten Blick als reine Finanzfrage erscheinenden Tatsache verbirgt sich jedoch weitaus mehr: Mit der Umstellung der Stipendien auf Darlehen soll den Werkträgern in der BRD eine akademische Ausbildung möglichst verwehrt und damit die spätere Übernahme leitender Positionen in den verschiedensten Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens unmöglich gemacht werden. Bereits jetzt ist der Anteil der Studenten, der aus Familien Werkträger kommt, auf etwa 14 Prozent abgesunken, obwohl etwa 73 Prozent der BUD-Bevölkerung Arbeiter und Angestellte sind.

Zehntausende Studenten aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien haben bereits ihr Studium aufgegeben. Und die Zahl derer, die



sich trotz der zu erwartenden hohen finanziellen Belastungen und der unsicheren Zukunft um ein Studium bewerben, nimmt von Jahr zu Jahr ab. Für viele blieb der nach dem Studium erhoffte soziale Aufstieg nur ein unerfüllter Traum. Er brachte aber bereits Tausenden den sozialen Abstieg.

Die Abwälzung der Rüstungslasten auf die Schultern der Werkträgern, der vom Staat betriebene systematische Sozialabbau werden von den BRD-Bürgern nicht widerspruchslos hingenommen. Die Erkenntnis, daß die forcierte Hochrüstung der NATO und die Beteiligung der BRD am USA-Weltraumrüstungsprojekt unweigerlich zu einem weiteren Sozialabbau führen, gewinnt immer mehr Raum. Und erkannt wird, daß die Bonner Regierung zur Durchsetzung ihrer volksfeindlichen Politik skrupellos demokratische Rechte der Werkträgern, so zum Beispiel das Streikrecht, einschränkt oder ganz beseitigt.

Diese Politik trifft auf ständig wachsenden Widerstand. So gingen Ostern 1986 mehr als 380 000 Bürger der BRD auf die Straße. Die Losung „Keine Weltraumwaffen - Frieden und Arbeitsplätze schaffen!“ vereinte sie zu machtvollen Kampfaktionen. In den Demonstrationen wurden Transparente mitgeführt, auf de-

nen zu lesen war: „Reagan, Kohl, Blüm und Flick, alle ziehen an einem Strick. Wir ziehen am anderen Ende, gegen Rüstung, Armut und Wende!“ oder „Streikrechte und Frieden sichern!“

Das Ringen um die Beendigung des Rüstungswahnsinns, um die Bewahrung sozialer und demokratischer Rechte und Errungenschaften und zur Verhinderung des sozialen Abstiegs für immer mehr BRD-Bürger vereint heute Menschen unterschiedlicher politischer Strömungen. Die Kommunisten stehen dabei in vorderster Front. Sie sind es vor allem, die die gesellschaftlichen Wurzeln dieser menschenfeindlichen Politik bloßlegen und aufzeigen, wie für die schaffenden Menschen ein Leben in Würde und Geborgenheit zu erreichen ist.

Wertvolle Argumente für ihr politisches Wirken erhalten die Kommunisten aus der Kenntnis der Errungenschaften und Vorzüge des real existierenden Sozialismus, so auch aus der gesellschaftlichen Praxis in unserem ersten deutschen Staat der Arbeiter und Bauern. Es gehört zu den herausragenden Leistungen der sozialistischen DDR, für alle Gesellschaftsmitglieder ein großes Maß an sozialer Sicherheit zu garantieren. Angesichts der realen Zustände in der Welt des Kapitals wirkt dieses Stück historische Überlegenheit des Sozialismus besonders schwer auf der Waage des geschichtlichen Fortschritts. Diese unsere tatsächlichen Lebensverhältnisse lassen uns mit Optimismus in die Zukunft blicken - eine Zukunft, deren nächster Abschnitt in diesen Tagen durch den XI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands deutliche Konturen erhält.

Siegfried Ullrich
Abteilungsleiter im Institut für
Internationale Politik und Wirtschaft der
DDR

1) Marx/Engels, Werke, Bd. 2, S. 258
2) Marxistische Blätter, Frankfurt am Main, 3/1984, S. 28